

Erklärung des SprecherInnenrats der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE zu Judith Dellheims Artikel „Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung versus Bedingungsloses Grundeinkommen“

Wir mussten feststellen, dass Judith Dellheim in Ihrem Artikel „**Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung versus Bedingungsloses Grundeinkommen**“ erschienen in **Standpunkte Mai 2007, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung**, der BAG Grundeinkommen und den Grundeinkommensbefürwortenden in der Partei DIE LINKE das Gegenteil von dem unterstellt, was in den veröffentlichten Texten der BAG Grundeinkommen und deren SprecherInnen zu lesen ist.

Die folgenden Gegenüberstellung von Judith Dellheims Behauptungen und Zitaten aus BAG Grundeinkommen-Schriften und Texten der SprecherInnen der BAG spricht wohl für sich und muss unserer Meinung nicht weiter kommentiert werden.

Unsere Texte, aus denen die von uns verwendeten Zitate stammen, finden sich in der Regel auf unserer Homepage (www.die-linke-grundeinkommen.de).

Beispiel 1:

Genossin Judith Dellheim behauptet:

Linke BGE-BefürworterInnen lehnen die „Grundidee soziale Sicherung und Arbeitsförderung neu miteinander zu verbinden, um gleichzeitig gegen soziale Ausgrenzung, Armut und Arbeitslosigkeit“ (S. 1) vorzugehen ab.

Hingegen ist in unseren Texten folgendes zu lesen:

„dass wir die Auffassung vertreten, dass ein **BGE niemals zur Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung führen darf**. Vielmehr muss **durch begleitende Maßnahmen** sichergestellt werden, **dass alle** Menschen am gesellschaftlichen Leben **teilhaben können**, eine Teilhabeform ist die Erwerbsarbeit. Das heißt: das Recht auf Arbeit auch wirklich umsetzen. Dies bedeutet dann sowohl **Abschaffung des Zwanges zur Arbeit als auch des Zwanges zur Erwerbslosigkeit**. Um dies umzusetzen, brauchen wir eine **aktive Arbeitsmarktpolitik, die auf Freiwilligkeit** statt Zwang **basiert**.“¹

„Statt Ein-Euro-Jobs werden öffentlich geförderte Arbeitsplätze geschaffen, die freiwillig von Arbeitssuchenden besetzt werden und mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns vergütet werden. Branchenspezifische Tariflöhne sind einzuhalten. (...) Die Finanzierung dieser öffentlich geförderten Arbeitsplätze erfolgt aus einem neu zu schaffenden **Topf für Arbeitsmarktpolitik**. Dieser erhält Mittel aus einer neu einzuführenden Börsenumsatzsteuer...“²

Gleichzeitig halten wir es für ungeschickt, hier von Arbeitslosigkeit statt Erwerbslosigkeit zu sprechen, weil dies indirekt suggeriert, wer erwerbslos sei, arbeite auch nichts. Denn nur wer keiner Arbeit im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffes nachgeht, ist genau genommen wirklich arbeitslos und nicht nur ohne bezahlte Erwerbsarbeit!

1 Stefan Wolf, Kriterien eines BGE - Verhinderung von Sozialabbau, S. 4

2 Stefan Wolf, BAG-internes Arbeitspapier „Das einkommensabhängige Grundeinkommen – Armut verhindernd und repressionsfrei“, Frühjahr 2007, S. 9

Beispiel 2:

Judith Dellheim behauptet:

Linke BGE-BefürworterInnen verzichten „auf den politischen Kampf um die Veränderung der Wirtschaftspolitik und so auf ein Kampffeld für die Veränderung der Gesellschaft“ (S. 1)

Doch bei uns ist zu lesen:

„Dies kann aber nur sichergestellt werden, wenn Wirtschaftspolitik so gestaltet wird, dass kollektives Eigentum an Produktionsmitteln und die gesellschaftliche Verfügungsgewalt über diese zunimmt.“³

„Ein leistungsfähiger Sozialstaat muss aus unserer Sicht (gemeint ist die BAG Grundeinkommen!, Anm. der Verfasser) auch die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt aufheben und schließlich beenden können, Niedriglöhne unmöglich machen und die zunehmende Prekarisierung von Werktätigen überwinden können. (...) Wir wollen, dass Demokratie auch den Bereich der Wirtschaft mit einschließt. Daher halten wir eine gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft wie auch demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten für unabdingbar. Die reale Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel muss bei der Gesellschaft als ganzem liegen, damit ein Wirtschaften zum Schaden der breiten Masse der Menschen und der Umwelt vermieden wird.“⁴

Beispiel 3:

Hier packt Judith Dellheim den „Vorschlaghammer“ aus:

„Das Problem bei den einen (= linke BGE-Befürwortende, Anm. d. Verfasser) ist das fehlende Verständnis von Gesellschaft, Macht, gesellschaftlichen Eigentums- und Produktionsverhältnissen“ (S. 2)

Dies halten wir für ein pseudowissenschaftliches Totschlagargument, das in einem wissenschaftlichen Diskurs nichts zu suchen hat. Wer behauptet, nur er/sie sei befähigt die absolute Wahrheit zu besitzen und die DiskursgegnerInnen seien pauschal dazu nicht imstande, also grundsätzlich inkompetent in dieser Frage, verliert in unseren Augen jede Glaubwürdigkeit und stellt sich freiwillig auf eine Stufe mit all denen die glauben, sie besäßen einen totalitären Anspruch auf ein fiktives Wahrheitsmonopol!

Beispiel 4:

Judith Dellheim spekuliert, indem sie der BAG Grundeinkommen unterstellt:

„dass insbesondere auf Investitionen in den sozialökologischen Umbau der Gesellschaft und auf Entwicklungshilfe für die global ärmsten verzichtet wird. Das wird offenbar bewusst in Kauf genommen, denn es sollen selbst die Aufkommen der Primärenergiesteuer (...) „in den Finanztopf des BGE-Trägers fließen““ (S. 2)

Wir haben nie behauptet, dass auf Investitionen in den sozialökologischen Umbau verzichtet werden soll, genauso wenig soll an Entwicklungshilfe gespart werden. Hier scheint Judith Dellheim spekulativ etwas in einen Text hinein zu interpretieren, was mit unserer Auffassung nichts zu tun hat!

3 Ann-Christin Schomburg / Stefan Wolf: Ein existenzsichernder Mindestlohn wäre ein notwendiger Anfang, Erklärung vom 22.04.2006, S. 1.

4 Stefan Wolf, Kriterien eines BGE - Verhinderung von Sozialabbau, S. 3-4.

Beispiel 5:

Judith Dellheim behauptet:

Die BGE-BefürworterInnen bleiben in einem „Vor-Marxschen-Denkstadium“ indem Arbeit „für sie entweder entfremdete Erwerbsarbeit oder individuell selbstbestimmte Tätigkeit des atomisierten Individuums“ (S. 4) ist. Linke BGE-VerfechterInnen „überlassen (...) die Produktion den Kapitalisten und damit kapitalistischer Aneignung. Deshalb sind sie (...) aber nur bedingt Linke.“ (S. 4)

Stattdessen ist bei uns zu lesen:

„Einen Einstieg in die wirtschaftliche Transformation und die Überwindung des Kapitalismus können neben der Ausweitung des **Genossenschaftssektors** und des Unternehmensbesitzes des Staates und der Kommunen **kollektive ArbeitnehmerInnenfonds** (...) liefern. (...) Parallel zur Veränderung der Eigentumsstrukturen sollen auch die Rechte der Beschäftigten deutlich verbessert werden. Eine umfassende Ausweitung dieser Rechte soll aber in erster Linie in Form einer umfassenden Demokratisierung der Betriebe realisiert werden (...) Gleichzeitig liefert die gesellschaftliche Kontrolle der Kapitalgesellschaften auch optimale Voraussetzungen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens“⁵

„... sozialpolitisches Konzept für eine sozialistische Gesellschaft, wobei das Grundeinkommen in unserer Konzeption nur einen von drei Ansatzpunkten (neben radikaler Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und **Vergesellschaftung von und Einschränkung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel**) zur Systemtransformation bildet. Das Grundeinkommen kann grundsätzlich nicht isoliert von der damit verbundenen Gesellschaftsutopie gesehen werden“⁶

"Der humanistische und emanzipatorische Anspruch des Grundeinkommens ist verbunden mit anderen Formen der **Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse** – der demokratischen Kontrolle der Rahmenbedingungen, der Art und Weise des globalen und nationalen Wirtschaftens, der Brechung der kulturellen Hegemonie von Kapital und Konsum, den direkten Formen der Verfügung über die materiellen und kulturellen Mittel und Zwecke der gesellschaftlichen Produktion, wozu im immer größeren Maß auch das lebendige und formalisierte Wissen der Menschen selbst gehört.

Das Grundeinkommen befördert die erfolgreiche Durchsetzung von Mindestlöhnen und Arbeitszeitverkürzungen. Das Grundeinkommen soll mit anderen Formen der Daseins- und Entwicklungsvorsorge der Menschen verbunden werden – wie z. B. dem uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Kultur, Information, Gesundheitsversorgung. Es ist also unabdingbar, auch diese kollektiven Formen der Absicherung der gesellschaftlichen Teilhabe auszubauen, demokratisch und autonomieförderlich zu gestalten. Das Bedingungslose und Existenz sichernde Grundeinkommen bedeutet eine qualitative Weiterentwicklung des Sozialstaates: Ermöglichung freier individueller Entwicklung aller Menschen, Armut- und Repressionsfreiheit, Bürokratieförderung, demokratische Gestaltung des Sozialen und ein Mehr an Umverteilung von oben nach unten. Dafür streiten wir.“⁷

Von atomisierten Individuen welche individuell wirtschaften sollen ist hier nichts zu lesen. Die Entfremdung bei der doppelt freien Lohnarbeit wollen wir jedoch in der Tat überwinden!

5 Stefan Wolf, Zu den Gestaltungsmöglichkeiten linkssozialistischer Beschäftigungspolitik im Kapitalismus, Diskussionspapier vom Oktober 2005, S. 17ff.

6 Erklärung der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS zur Kritik Ulrich Buschs am Bedingungslosen Grundeinkommen vom 10.03.2006, S. 3-4.

7 Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Höhe der Armutrisikogrenze, Fassung vom Juli 2006, S. 1.

Und dann stellt Judith noch einmal ihr favorisiertes Konzept für eine bedarfsorientierte Grundsicherung vor, wo zu lesen ist:

„Jede und jeder in der Bundesrepublik Lebende (...) haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde, frei von Armut und materieller Not. Die soziale Grundsicherung soll helfen, dass jede/r ihren/seinen Lebensplan entsprechend dem soziokulturellen Niveau der Gesellschaft selbst verwirklichen kann. (...) Die Grundsicherung erhalten alle, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (und somit alle NICHT, welche nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen! Anm. d. Verfasser)“ (S. 8)

Somit verstehen wir, dass für Judith Dellheim entweder **JedeR definiert ist als „Wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht“** oder es mit der Grundsicherung definitiv **nicht möglich** ist, **dass jeder ein selbstbestimmtes Leben in Würde, ohne Armut und materieller Not führen kann**, da die **existenzsichernde Grundsicherung ja allen, die sich weigern dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, nicht zusteht** und diese somit durchaus ein menschenunwürdiges Leben in Armut führen müssen, **weil sie sich SELBSTBESTIMMT dafür entschieden haben, sich dem Zwang, dem (kapitalistischen!) Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, zu entziehen**. Somit gäbe es also wieder bzw. weiter Erwerbslose erster und zweiter Klasse! Als demokratische SozialistInnen können wir daher zu solch einer Grundsicherung nur sagen: Nein danke!

Berlin, den 20.07.07

**Astrid Falkenroth
Thomas Falkenroth
Gerd Förthmann
Olaf Michael Ostertag
Ann-Christin Schomburg
Stefan Wolf**